

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Böhm. Neuhäusel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag **G. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.**

Vertriebspreis: Aue 21, 20 Pf. (inkl. Post) 44, C. Schwarzenberg 20, C. Schwarzenberg 201, Grünhain/Gr. Neuhäusel 20, C. Schwarzenberg.

Abgabe für die Abnahme von Anzeigen...  
Anzeigen-Abgabe für die Abnahme von Anzeigen...  
Anzeigen-Abgabe für die Abnahme von Anzeigen...

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Com- und Festtagen.  
Der Preis für die 34 zum dreifachen Monatspreis im Verlagspreis 18 (Vierteljahrspreis 60, halbjährlicher 110, jährlicher 210) beträgt 18, 36, 60, 110, 210 Pf. für die 34 zum dreifachen Monatspreis im Verlagspreis 18 (Vierteljahrspreis 60, halbjährlicher 110, jährlicher 210) beträgt 18, 36, 60, 110, 210 Pf.

Nr. 142.

Freitag, den 20. Juni 1924.

77. Jahrg.

## Amthliche Anzeigen.

**Aue.** Wegen vorzunehmender Reinigung sind unsere Abwasserleitungen am Montag und Dienstag, den 23. und 24. Juni 1924 nur für dringliche Angelegenheiten geöffnet. Für Geburten und Sterbefälle sind die Abwasserleitungen am Montag, den 23. Juni 1924 von 10-12 Uhr geöffnet. Die Abwasserleitungen sind an beiden Tagen von 8-11 Uhr für den Verkehr offen.  
Aue, den 17. Juni 1924. Der Rat der Stadt.

**Aue.** Stadtvorstandbeschlüsse. Freitag, den 20. Juni 1924, nachmittags 8 Uhr.  
Tagesordnung: 1. Bewilligung der Ueberführungen des Hausballplatzes 1922/23. 2. Beratung der Hausballplätze der hiesigen Betriebe. 3. Nachtrag zur Marktordnung. 4. Ortsgebiet. Errichtung eines Wasseramts betr.

**Schwarzenberg.** Wasserleitung. Wegen vorzunehmender Hauptreinigung wird am kommenden Dienstag, den 24. Juni 1924 von abends 8 Uhr ab, die obere Stadt von jeder Wasserzuführung abgesperrt. Wir ermahnen die Einwohner dieses Stadtgebietes, sich vorher ausreichend mit Wasser vorräten einzudecken.  
Schwarzenberg, am 18. Juni 1924. Der Rat der Stadt. Stadtbauamt.

## Die Gefahren des Gutachtens.

Ein anerkannter Sachverständiger in Wirtschaftskragen, Univ.-Prof. Dr. Bernhard Harms, Leiter des Instituts für Volkswirtschaft und Sozialpolitik an der Universität Kiel, veröffentlichte eine Kritik des Dawes-Gutachtens, aus der wir im folgenden einen Auszug wiedergeben.

Harms geht davon aus, daß die durch das Rentenmark-Experiment hervorgerufene Scheinblüte der deutschen Wirtschaft die Sachverständigen zu falschem Urteile über die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationsleistungen verleitet habe und führt dann fort:

Wird der Dawesbericht Wirklichkeit, so führt nicht nur Deutschland in neues Unglück, sondern auch der Wiederaufbau Europas wird in weite Ferne gerückt. Man muß sich klar darüber sein, daß auch das Dawes-Komitee sich von dem Grundsatz leiten ließ, es müsse aus Deutschland herausgeholt werden, was herausgeholt werden könne. Durch eine Reihe von scharfsinnig erdachten Methoden und mit Hilfe eines Kontrollsystems, dessen Konsequenzen gegebenenfalls zur Aufhebung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität Deutschlands führen, soll der Schuldner willfährig gemacht und die zwangsläufige „Schadenerleichterung“ zu höchstmöglicher Ergiebigkeit geführt werden. Art und Wesen des Dawes-Berichts sind um so gefährlicher, als nahezu auf jeder Seite „nachgewiesen“ wird, daß es für Deutschland sozusagen ein leichtes sei, den aufgestellten Forderungen zu entsprechen und daß deshalb die im Hintergrunde bereitgehaltenen Aufhebungen der deutschen Wirtschaftssouveränität überhaupt nicht praktisch zu werden brauche, sofern Deutschland nur einigermaßen guten Willen bekunde. Es sei ohne weiteres unterstellt, daß dies die wirkliche Auffassung der Sachverständigen ist. Um so deutlicher muß dann jedoch auf den völlig unangebrachten Optimismus hingewiesen werden, den die Sachverständigen in bezug auf die wirkliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zum Ausdruck bringen; mit aller Schärfe ist hervorzuheben, daß dieser Optimismus sich nicht zuletzt gründet auf irrtümlicher Beurteilung der Scheinblüte, in die das deutsche Wirtschaftsleben seit der Stabilisierung seiner Währung eingetreten ist. Es will gewiß etwas heißen, wenn sich in dem Bericht die folgenden Sätze finden, die keineswegs aus dem Zusammenhang herausgerissen sind, sondern durchaus für sich bestehen: „Wir glauben, daß nach einer kurzen Erholungsperiode Deutschlands finanzielle und wirtschaftliche Lage wieder normal sein wird. Das Komitee ist überzeugt, daß das deutsche Volk befähigt ist, eine Belastung zu tragen, wie sie der Plan ihm auferlegt, ohne daß seine Lebenshaltung unter der der alliierten Länder und seiner europäischen Nachbarn herabsinken müßte.“ Man fragt sich, wie solche Auffassung möglich geworden ist und sucht nach den Gründen, die die Annahme rechtfertigen, daß so enorme Lasten nicht einmal die Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrücken würden; eines Volkes, das einen Krieg verloren und eine Revolution überstanden hat und das — wovon im ganzen Dawesbericht mit keinem Wort die Rede ist — nach den Untersuchungen des „Institute of Economics“ in Washington bereits 26, in Wirklichkeit aber 41 Milliarden Goldmark an die Siegerstaaten gezahlt hat. Was um alles in der Welt hat diesen Glauben an den unerlöschlichen Reichtum Deutschlands entstehen lassen? Kein Zweifel: die Tatsache war es, daß dieses „unheimliche“ Deutschland im Handumdrehen seine Währung stabilisierte und von da ab einen Aufschwung nahm, der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit rapid verminderte, die Staatshaushalte in gesunde Bahnen leitete und die Konsumfähigkeit auf erstaunliche Höhe hob.

Nach allem, was über den Dawesbericht in den letzten Wochen gesagt worden ist, möge hier auf erschöpfende Wiederholung von Einzelheiten verzichtet werden. Immerhin ist es nicht überflüssig, wenigstens auf die folgenden Punkte mit Nachdruck hinzuweisen:

1. Grundlegende Voraussetzung für eine Leistungsfähigkeit Deutschlands, die den Erwartungen des Daweskomitees entspricht, ist die Abnahme der Reparationslasten. Nach dem

Deutschland sich dieser in absehbarer Zeit erfreuen wird, gibt es überhaupt keine wissenschaftlich stichhaltigen Anhaltspunkte. Daß die deutsche Handelsbilanz in Zeiten wiedergewonnener Goldwährung, wie der Dawesbericht sie vorstellt, so stark aktiv sein könnte, um jährliche Reparationsleistungen in Höhe von 2 1/2 Milliarden Goldmark zu gestatten, kann ernstlich überhaupt nicht unterstellt werden. Erforderlich wäre die dreifache Steigerung der Ausfuhr von 1922! Abgesehen von anderem ist es schon unwahrscheinlich, daß der Weltmarkt solche Gütermengen aufnehmen könnte, denn die industrielle Produktivität der Weltwirtschaft ist seit Kriegsausbruch gewaltig gestiegen und hat innerhalb der Weltwirtschaft ohnehin zur Disproportion zwischen Angebot und Nachfrage geführt.

2. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie wird nach Bewirkung der Vorschläge des Dawesberichts erheblich vermindert sein. Die deutschen Eisenbahnen werden eine Obligationenlast von 11 Milliarden Goldmark zu tragen haben, die mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu amortisieren ist, was nach Ablauf der Uebergangszeit jährlich 660 Millionen Goldmark ausmacht. Dazu tritt eine Transportsteuer der Eisenbahn in Höhe von 7 Prozent auf die Roheneinnahmen des gesamten Frachterkehrs mit Ausnahme der Kohlenfrachten und von 10-16 Prozent auf die Einnahmen des gesamten Personenverkehrs. Es ist in absehbarer Zeit durchaus unmöglich, diese der Eisenbahn auferlegten Lasten durch Rationalisierung des Betriebes aufzubringen; insolge dessen sind umfassende Tarifserhöhungen erforderlich, die zu weiterer Steigerung der Produktionskosten mit unermesslicher Rückwirkung auf die Exportfähigkeit der deutschen Industrie hinführen werden. Dazu kommt die Belastung der Industrie mit Obligationen in Höhe von 5 Milliarden Goldmark, für welche die gleiche Verzinsung wie für die Eisenbahnobligationen Platz greift.

3. Der Dawes-Bericht hebt ständig hervor, daß Reich, Länder, Kommunen und Industrie ihre Schulden los geworden seien und deshalb entsprechende neue Lasten zu tragen vermöchten. Unwissenschaftlicher kann eine Argumentation nicht gut sein. Die Wirtschaft der öffentlich-rechtlichen Verbände wird gestützt aus den Ueberflüssen der Steuerleistungen der Privatwirtschaften. Diese aber sind genau um den Betrag ärmer geworden, um den die öffentlich-rechtlichen Wirtschaften durch Raffation ihrer Schulden reicher geworden sind, denn die öffentlichen Schulden in Deutschland waren Inlandsschulden! Was die Industrieunternehmungen betrifft, so hat die Kommerz- und Privatbank ausgerechnet (Wirtschaftsbericht 1924, Nr. 4), daß die Gesamtverschuldung aller juristischen Erwerbsunternehmungen in Deutschland vor dem Kriege 4,8 Milliarden Goldmark betrug, nach Abzug der Unternehmungen in den abgetretenen Gebieten sogar nur 4,1 Milliarden Goldmark. Statt dessen wird sie jetzt mit 5 Milliarden belastet zu 6 Prozent (gegen 4-5 Prozent in der Vorkriegszeit). Dabei ist es nicht einmal richtig, daß alle alten Schulden abgelöst worden sind, ganz zu schweigen von der 15prozentigen Aufwertung, die die dritte Steuernotverordnung vorstellt. Uebrigens ist die deutsche Industrie gerade in den letzten Monaten Schuldverpflichtungen eingegangen, deren Tragweite sich bald genug auswirken wird. Wie soll die deutsche Industrie unter solchen Umständen in der Lage sein, neben den Lasten, die ihr die Sachverständigenkommission auferlegt, auch noch Hauptträger des Steueraufkommens in Deutschland zu bleiben! Und was noch wichtiger ist: kann ernstlich angenommen werden, daß angesichts dieser Sachlage die Lebenshaltung der deutschen Industriearbeiter unter diejenigen in den Ländern der Alliierten nicht herabsinken würde? Ausdrückliche Feststellung verdient in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß der Dawes-Bericht unumwunden damit rechnet, daß auf keinem Gebiete eine Aufwertung früher kontrahierter Schulden Platz greift. In der Tat könnte davon nach Durchführung der Vorschläge des Komitees auch keine Rede mehr sein. Jene Parteien, welche die gegenteilige Forderung nicht zuletzt im Wahlkampf als Ergebnis stiller Pflichterkenntnis bezeichnet haben, müssen sich über diese Konsequenz klar sein. Auch das Reichsgericht wird sich zu anderer Rechtsauffassung zu betten haben.

4. Außer den Leistungen, die Wirtschaft und Eisenbahn aufbringen sollen, hat das Reich als solches jährlich 1250 Milliarden Goldmark zu zahlen. Zölle, Spiritusmonopol, Biersteuer, Zundersteuer, Tabaksteuer und Zigarettensteuer haften dafür. Die Gesamteinnahmen aus diesen Steuern betragen im Jahre 1913 genau 1246 Milliarden Goldmark. Gewiß ließen diese Erträge sich steigern. Zu beachten ist jedoch, daß erstens die verringerte Bevölkerungszahl den Vergleich mit dem Jahre 1913 beeinträchtigt und daß es sich zweitens um Wohlstandssteuern handelt, die einen Verbrauch belasten, der im künftigen Deutschland zurückgehen wird; zurückgehen muß, wenn die allgemeinen Leistungserwartungen der Sachverständigen sich überhaupt erfüllen sollen. Es ist somit anzunehmen, daß die Reinerträge der oben genannten Steuern für die deutsche Reichswirtschaft künftig zum weitaus größten Teil ausfallen werden. Woher soll der Ersatz kommen, der den Haushalt ins Gleichgewicht bringt und dem Reich gestattet, seine Beamten so zu belohnen, daß ihre Lebenshaltung nicht unter diejenige in den Ländern der Alliierten herabsinkt?

5. Der Dawesbericht sieht einen Wohlstand in der vor; wesentliche Bestandteile desselben sind: Ein- und Ausfuhr, Einnahmen und Ausgaben des gesamten Reichshaushalts einschließlich der Länder Preußen, Sachsen und Bayern, Eisenbahnerwerb, Verbrauch von Zucker, Tabak, Bier und Branntwein, Holz bei Produktion, Verbrauch von Rohöl, Holz, Holz-

stands-symptome, sind mit Ausnahme des Verbrauchs von Branntwein, Bier und Tabak recht willkürlich zusammengestellt und stehen mit den übrigen Ausführungen des Komitees im Widerspruch. Die Steigerung der Ausfuhr ist an sich schon Vorbedingung für Erfüllung; tritt sie ein, so erhöht sich die Zahlungsverpflichtung, wodurch wiederum die Ausfuhr erschwert wird. Einnahmen und Ausgaben des Reiches und der Länder werden in den nächsten Jahren auf Kosten an sich notwendiger persönlicher und sachlicher Bedarfsbedingung ungewöhnlich niedrig gehalten werden müssen. Jede künftige Besserstellung der bis auf weiteres unter dem Existenzminimum lebenden Beamten und Staatsarbeiter führt automatisch zur Erhöhung der Tributpflicht; trotz Zulassung einer Lebenshaltung, die derjenigen in den Ländern der Alliierten gleichkommt! Auch die Kulturausgaben werden, um die öffentlichen Haushalte zu balancieren, gerade in den nächsten für den Wohlstandsende entscheidenden Jahren außerordentlich niedrig bemessen werden müssen. Ihre künftige Erhöhung wird zwangsläufig die Abgabenlast steigern, so daß nach menschlichem Ermessen mit dauernder gänzlich ungenügender Kulturpflege gerechnet werden muß. Vermehrt sich der Transport von Gütern auf der Eisenbahn, was Voraussetzung für die Erfüllung der dieser auferlegten Verpflichtungen ist, so wird zugleich die Zahlungsverpflichtung des Reichs vermehrt, obwohl es an den Erträgen der Eisenbahn keinen Anteil hat! Der Verbrauch von Rohöl, der steigen muß, wenn die Industrie die ihr auferlegten Lasten tragen soll, ist in diesem Zusammenhang gleichfalls ein durchaus zweifelhaftes Wohlstandssymptom. Geradezu grotesk aber ist es, daß die Zunahme der Bevölkerung zu erhöhten Reparationsleistungen führen soll. Die Grundannahme, daß starke Geburtenvermehrung keineswegs schlechthin als Wohlstandssymptom zu deuten ist, sondern nicht selten das gerade Gegenteil der Fall ist, scheint den Sachverständigen nicht klar geworden zu sein. Mit diesem Vorschlage haben die Sachverständigen sich vor der internationalen Wissenschaft einigermassen bloßgestellt. Schließlich ist zum Wohlstandsende zu bemerken, daß ihm kein Armutsindez gegenübergestellt wird, denn „sollte sich in irgendeinem Jahre für den Zuschlag ein negativer Betrag ergeben, so sollen die Grundzahlen weiter geleistet werden. Bezüglich die späteren Zuschlagszahlungen sind zu suspendieren.“

Alles in allem; würden die Vorschläge der Sachverständigen dem Vertragswerk, das jetzt angestrebt wird, wirklich zugrunde gelegt werden, so ergäbe sich mutmaßlich schon nach kurzer Zeit, bestimmt aber in einigen Jahren, daß Deutschland die übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllen könnte. Zutreffend ist darauf hingewiesen worden, daß England eine Jahreslast von 700 Millionen Goldmark, die das Schuldabkommen mit Amerika ihm auferlegt, als schwere Bürde empfindet, in der, wie ich hinausführe, zum erheblichen Teil die Ursache der jetzigen schlechten Wirtschaftslage Englands erblickt wird. Wie soll das verarmte und verfallene Deutschland den drei- bis vierfachen Betrag aufbringen? Es ist deshalb unter allen Umständen damit zu rechnen, daß jene Maßnahmen, welche der Dawesbericht im Falle des Nichtaufkommens der in Aussicht genommenen Abgaben vorstellt, Anwendung finden werden. Nach dem heute üblichen Sprachgebrauch wird Deutschland dann unter „Geschäftsaufsicht“ gestellt sein. Nach dem ehrlicheren Sprachgebrauch der Vorkriegszeit werden die Gläubiger die Kommerzmasse verwalten. Dann wird man sich in Deutschland fragen, wie es möglich war, daß selbst die maßgebenden Vertretungen der deutschen Wirtschaft, insbesondere der deutschen Industrie, den Dawesbericht als geeignete Grundlage für die Reparationsregelung ansehen konnten. Aus wissenschaftlicher Ueberzeugung sage ich: wenn die Vorschläge des Dawes-Berichts unüberändert angenommen werden, wird die so erzielte „Lösung“ der Reparationsfrage eine Episode sein, wie die früheren „Lösungen“ es auch gewesen sind.

Zu den politischen Erwägungen übergehend, sagt Harms: Ist es denkbar, daß ein entscheidendes Stück Weltpolitik auf ein Gutachten eingestützt wird, das fast auf jeder Seite von irrtümlichen Voraussetzungen ausgeht und Fehler enthält, die schlecht hin unverzeihlich sind? Wer will dafür vor den kommenden Geschlechtern die Verantwortung übernehmen? Nicht um Deutschland allein handelt es sich. Europa, ja die Welt sind in gleichem Maße auf den Sieg der Vernunft angewiesen. Möge deshalb noch in zwölfter Stunde die Einsicht sich durchsetzen, daß das Ziel, dem alle Beteiligten zustreben, nur erreicht werden kann, wenn unbefangene und ohne gebundene Marschroute der Weg gesucht wird. Klar muß zum Ausdruck gebracht werden, daß die Sachverständigen sich der Aufgabe, die ihnen gestellt war, nicht als gewachsen gezeigt haben. Daraus gilt es die Konsequenzen zu ziehen, bevor es zu spät ist.

## Die französischen Sozialisten für Ruhrbesetzung und Sanktionen.

Paris, 18. Juni. Wie das „Journal“ meldet, haben die sozialistischen Kameraparteien unmittelbar nach Vertretung Antrittsrede in einer gemeinsamen Sitzung die wahlwerbende Unterlegung des Kabinetts Herriot beschlossen. Die vereinigten Sozialisten billigen die Besetzung der Ruhr, die Herriot zur Festigung der Ruhrbesetzung und der Zwangswahrsamkeiten gegen Deutschland vorschlägt.